

Mindestlohn: Stress und Kontrollwahn

Unliebsame Marktergebnisse mit Preisvorschriften zu bekämpfen, schadet bloss. Im Niedriglohnsektor muss die Nachfrage nach Arbeitskräften erhöht und das Angebot gesenkt werden. **REINER EICHENBERGER**

Ich bin für mehr Wohlstand und bessere Arbeitsbedingungen und gerade deshalb gegen 4000 Fr. Mindestlohn. Er würde unseren flexiblen Arbeitsmarkt und so eine unserer wichtigsten Wohlstandsquellen schädigen und nur den Profiteuren der Kontroll- und Problemwirtschaftsbürokratie nützen.

Gegen den Mindestlohn wurde schon viel Richtiges gesagt: Je höher er ist, desto schädlicher ist er, und mit 4000 Fr. monatlich hätte die Schweiz weltweit den weitestgehenden Mindestlohn. Er würde offene oder verdeckte Arbeitslosigkeit bringen und den Jungen den Einstieg und Müttern den Wiedereinstieg ins Berufsleben erschweren. Besonders hart würde er die Wirtschaft der Randregionen treffen, wo die Löhne niedriger, aber wegen der niedrigeren Lebenshaltungskosten unproblematischer als in den Zentren sind. Auch zur Armutsbekämpfung ist der Mindestlohn untauglich, weil die meisten Niedriglohnbezügler in Haushalten mit mehreren Einkommen leben und so wirtschaftlich oft besser gestellt sind als viele Besserverdienende, die allein eine Familie unterhalten. All diese Kritik ist aber noch zu zahm und vernachlässigt wichtige Aspekte.

Der von den Gewerkschaften geforderte Mindestlohn ist ein Arbeitsverbot: Er verbietet alle Arbeit, mit der der Arbeitgeber nicht wenigstens 4000 Fr. plus Lohnnebenkosten erwirtschaften können. Staatliche Arbeitsverbote sind aber mehr als Unsinn, solange die Arbeitnehmer mündig sind und zwischen den Arbeitgebern Wettbewerb um die Arbeitnehmer herrscht, sodass sie keine Monopolmacht ausüben können. Tatsächlich gibt es im Markt für wenig spezialisierte Arbeit besonders viele konkurrierende Arbeitgeber aus verschiedenen Branchen. Es gibt auch keinerlei Grund anzunehmen, die Arbeitnehmer seien unmündig. Löhne unter 4000 Fr. sind zumeist das Ergebnis freiwilligen Handelns beider Marktseiten. Entsprechend arrogant und weltfremd ist es, so wie manche Gewerkschafter die Niedriglohnbezügler als ausgebeutete Verlierer hinzustellen und von «Tieflohnschande» zu reden. Immerhin sind die heutigen «Tieflohne» im internationalen Vergleich sehr hoch.

Lohnunterschiede schaffen Anreize

So oder so: Unliebsame Marktergebnisse mit Preisvorschriften zu attackieren, bringt nichts und schadet viel. Der freie Arbeitsmarkt hat eine volkswirtschaftlich zentrale Steuerungsfunktion. Arbeitskräfte sind in der Schweiz generell knapp. Deshalb wird überall über den Fachkräftemangel geklagt und nach angemessen qualifizierten Arbeitskräften gesucht. Die je nach Qualifikation, Branche und Spezialisierung unterschiedliche Knappheit spiegelt sich in Lohnunterschieden. Diese Lohnunterschiede geben den Arbeitnehmern Anreize, sich in Berufe zu bewegen und sich Fähigkeiten anzueignen, die knapp sind. Wenn Daniel Lampart vom Gewerkschaftsbund wie kürzlich in der NZZ den Mindestlohn fordert, weil ausgebildete Flugbegleiterinnen und Kundenberaterinnen für Schönheitspflege weniger als 4000 Fr. verdienen, redet er als guter Ökonom wider besseres Wissen. Der Grund für diese niedrigen Löhne ist nicht Ausbeutung. Vielmehr sind es Jobs, die «zu viele» Frauen gerne machen. Durch den Mindestlohn würden diese Jobs nur noch attraktiver, und das Angebot an Arbeitskräften würde noch steigen. Gleichzeitig ginge die Nachfrage nach Arbeitskräften zurück, weil die Arbeit-

geber die höheren Kosten nur zum Teil auf ihre Kunden überwälzen könnten und Arbeitsplätze wegrationalisieren müssten. Die entscheidende Frage ist somit, was der Angebotsüberschuss an Arbeitskräften bewirken würde.



«Der von den Gewerkschaften geforderte Mindestlohn ist ein Arbeitsverbot.»

Die Zunahme der Arbeitslosenrate wäre nur der kleinere Teil der negativen Folgen. Viel wichtiger (aber in Politik und Wissenschaft systematisch vernachlässigt) ist, wie sich die Arbeitsqualität ändert. Bisher hat der Wettbewerb zwischen den Arbeitnehmern zu Löhnen unter 4000 Fr. geführt. Mit dem Mindestlohn wäre der Wettbewerb aber nicht weggeblasen, sondern würde nur noch intensiver. Weil er nicht mehr über den Lohn spielen könnte, würde er sich auf andere Bereiche verlagern. Die Arbeitgeber – oder genauer die für die Einstellung zuständigen Personen – könnten diejenigen auswählen, die ihnen am meisten bieten: die höchste Qualifikation, Leistungsbereitschaft, Belastbarkeit, zeitliche Flexibilität, gutes Aussehen usw. Kurz: Von den Arbeitnehmern würde dann noch mehr verlangt werden, der Stress am Arbeitsplatz würde zunehmen, die Schwächsten gerieten unter die Räder.

Viele Arbeitgeber müssten wohl auch bisherige Vergünstigungen abbauen. Heute übernehmen viele Firmen die Kosten des Transports an oder zwischen Arbeitsplätzen, stellen günstige Parkplätze zur Verfügung, vergünstigen Mahlzeiten etc. Sie haben einen grossen Spielraum, um die Entlohnung indirekt wieder auf das bisherige Niveau zu senken. Manche Arbeitgeber würden auch ihre Stellen neu definieren. Neu würden Mitarbeiter als Praktikanten und Auszubildende eingestellt, für die der Mindestlohn nicht gelten würde. Aber auch die Arbeitnehmer würden reagieren. Sie wollen ja arbeiten und würden das auch für die bisherigen niedrigeren Löhne tun. Das können sie, wenn sie sich als Selbständige deklarieren und damit soziale Sicherheiten aufgeben. Natürlich sagen die Gewerkschaften dagegen, das müsse alles verboten und kontroll-

liert werden. Ja, da kommt sie, die Kontroll- und Problemwirtschaftsbürokratie, und die Profiteure freuen sich.

Solche Reaktionen zu vernachlässigen, ist naiv. Gerade diejenigen Gewerkschafter, die die Arbeitgeber als Ausbeuter und die Arbeitnehmer als ihre unbedarfte Manövrierarmee sehen, müssten eigentlich damit rechnen. Aber anscheinend leben sie in einer Wolf-Schaf-Welt: Im freien Markt sind Unternehmer böse Ausbeuterwölfe. Wenn ihnen aber Väterchen Staat die Löhne vorschreibt, folgen sie ihm brav wie Schafe. Natürlich sind die allermeisten Unternehmer weder solche Wölfe, noch werden sie so schnell zu Schafen.

Schliesslich ist die Rolle der Zuwanderung zu berücksichtigen. Ein Mindestlohn von 4000 Fr. ist im internationalen Umfeld äusserst attraktiv, besonders auch für Grenzgänger. In Europa gibt es ein fast unbeschränktes Reservoir an leistungswilligen Menschen, die sehr gerne für 4000 Fr. in der Schweiz arbeiten. Deshalb würde mit dem Mindestlohn der Zuwanderungsdruck steigen, was nicht nur zur Verdrängung bisheriger Arbeitskräfte, sondern auch zu einer zusätzlichen Steigerung der Ansprüche der Arbeitgeber und damit zu mehr Leistungsdruck am Arbeitsplatz führen würde.

Bumerang für Einheimische

Natürlich würden dagegen die Gewerkschaften noch mehr flankierende Massnahmen und Kontrollen fordern. Aber Zuwanderern fällt es zumeist leichter als Einheimischen, diese zu umgehen. Beispielsweise können sie sich leichter als die Einheimischen als Selbständige deklarieren, weil unsere Behörden kaum kontrollieren können, ob sie Schein- oder richtige Selbständige sind.

Damit werden Mindestlöhne für die Einheimischen erst recht zum Bumerang. Es ist traurig, dass die Gewerkschaften keine besseren Vorschläge zur Verbesserung der Einkommens- und Arbeitsbedingungen im Niedriglohnbereich haben. Was aber würde wirken? In den betreffenden Branchen muss die Nachfrage nach Arbeitskräften erhöht und das Angebot gesenkt werden. Dafür müssen diese Branchen und die Wirtschaft ganz allgemein von übermässigen Abgaben und ineffizienten Regulierungen entlastet werden. Potenzielle Neueinsteiger in die Niedriglohnberufe müssen klar über die schlechte Lohnsituation informiert werden. Weiterbildung und Umschulung von Personal im Niedriglohnbereich müssen gestärkt, Lebenshaltungskosten gesenkt, Parallelimporte und Direkteinkauf durch Konsumenten im Ausland erleichtert werden. Wenn dann die Gesellschaft immer noch findet, Schlechtverdienende sollten mehr verdienen, soll sie die Kosten selbst übernehmen und ihnen staatliche Lohnzulagen zahlen, statt die Arbeitgeber – die Einzigen, die wirklich etwas für ihre Arbeitnehmer tun – noch stärker zu belasten.

Reiner Eichenberger ist Leiter des Seminars für Finanzwissenschaft der Universität Freiburg i. Üe.